

TOP 1 - Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Dr. Kurzhals eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

SGBgm. Schröder führt aus, dass ein Antrag auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Darlehensaufnahme der BTE Thedinghäuser Eisenbahn vorliegt. Aufgrund der Dringlichkeit sollte die Tagesordnung nach § 41 NGO erweitert werden. Der bisherige TOP 6 - Beratung und Beschlussfassung über die Ausfallbürgschaft für die Gewerbeschau der GDS Thedinghausen – wird 6 a) und neuer TOP 6 b) – Beratung und Beschlussfassung über die Ausfallbürgschaft für die Darlehensaufnahme der BTE Bremer Thedinghäuser Eisenbahn GmbH.

Der Rat der Samtgemeinde Thedinghausen stimmt der Änderung sowie der Tagesordnung einstimmig zu.

Beigeordneter Mensen ist der Auffassung, dass der TOP 6 a) Bürgschaft für die Gewerbeschau abgesetzt werden sollte, da das Budget erst zu Beginn der Sitzung verteilt worden sei.

SGBgm. Schröder erklärt, dass über 10 Seiten Budgetbericht vorliegen. Der Bericht liegt erst seit einigen Tagen vor und man habe darauf verzichtet, ihn noch zu verschicken.

Ratsmitglied de Riese erklärt, dass der Einwand des Beigeordneten Mensen berechtigt sei. Eine Beratung sollte aber erfolgen. Die Beschlussfassung könnte dann vertagt werden.

Beigeordneter Rott spricht sich gegen eine Vertagung aus.

Der Rat der Samtgemeinde Thedinghausen ist mehrheitlich der Auffassung, dass der TOP 6 a) beraten werden soll.

TOP 2 – Einwohnerfragestunde

Frau Karin Bergmann erkundigt sich nach der Schulbussituation.

SGBgm. Schröder erklärt auf Anfrage, dass das Gutachten der Samtgemeinde noch nicht vorliege. Das Gutachten sei auch vom Landkreis Verden in Auftrag gegeben worden.

Ratsvorsitzender Dr. Kurzhals erklärt, dass vorgesehen ist, ein Vorortgespräch mit allen Beteiligten zu führen.

Ratsmitglied Angela von Hollen schlägt vor, dass die Verwaltung einen Vertreter der Initiative einlädt.

SGBgm. Schröder stimmt dem Vorschlag von Ratsmitglied Angela von Hollen zu.

Frau Dräger erkundigt sich, welche Einflussmöglichkeiten die Samtgemeinde hat.

SGBgm. Schröder weist darauf hin, dass der Schulbusverkehr Aufgabe des Landkreises sei. Die Samtgemeinde habe nur Beteiligungsrechte.

Vorsitzender Dr. Kurzhals erklärt, dass die Entscheidung durch den Landkreis, d.h. den Kreistag, getroffen wird.

TOP 3 - Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Samtgemeinderates am 18.12.2008

Die Niederschrift über die Sitzung des Samtgemeinderates am 18.12.2008 wird bei zwei Enthaltungen genehmigt.

TOP 4 - Bericht des Samtgemeindebürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

- a) SGBgm. Schröder weist darauf hin, dass zurzeit in Jerusalem lt. Mitteilung der Leitstelle ca. 1000 Rundballen brennen.

TOP 4 - Bericht des Samtgemeindebürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

- b) SGBgm. Schröder weist darauf hin, dass lt. OBM Meyer die Einweihung des Feuerwehrgerätehauses Blender für den 06.06. vorgesehen ist.

TOP 4 - Bericht des Samtgemeindebürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

- c) SGBgm. Schröder gibt i.S. 7-Jahres-Frist bei Umbauten im Außenbereich Folgendes bekannt: Der Bund hat mit Artikel 2 der Neufassung des Raumordnungsgesetzes das Baugesetzbuch geändert. Die Länder können jetzt unbeschränkt die Frist aussetzen, so dass eine Umnutzung erleichtert wird. Nach Informationen will die Regierung in Niedersachsen schnell durch eine neue Vorschrift dafür sorgen, dass die 7-Jahres-Frist nicht gilt.

TOP 4 - Bericht des Samtgemeindebürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

- d) SGBgm. Schröder weist auf die Zeitungsberichte zum Konjunkturpaket II hin. In einem Rundschreiben vom Nieders. Städte- und Gemeindebund, das im Anschluss an die Sitzung verteilt wird, werden Zahlen für die Samtgemeinde genannt. Danach beträgt die pauschale Zuweisung für die Samtgemeinde 475.589 €. Der Eigenanteil beträgt 86.807 € = 15,44 %. Gesamtsumme der Maßnahmen: 562.396 €. Der Eigenanteil richtet sich nach der Finanzkraft der jeweiligen Kommunen. Ein Förderschwerpunkt nach den bundesrechtlichen Vorgaben ist die Bildung mit 65 %. Besondere Förderschwerpunkte sind Landesprogramme für Investitionen, durch die die bauliche Situation der Schule nachhaltig verbessert wird, und zwar Investitionen in der Informationstechnologie sowie die Förderung kommunaler Sportstätten. Insbesondere unter diesem Gesichtspunkt sollte die Beratung i.S. Turnhalle Morsum weitergeführt werden. Zeitplan der Bundesgesetzgebung 13.02., 2. und 3. Lesung im Bundestag 20.02., Beschlussfassung im Bundesrat. Zeitplan für die Gesetzgebung in Niedersachsen 20.02, einzige und abschließende Lesung im Landtag.

SGBgm. Schröder weist darauf hin, dass die Hälfte der pauschalen Zuweisung noch in diesem Jahr verwandt werden muss. Die Kommission i.S. Turnhalle Morsum sollte umgehend benannt werden.

**TOP 5 - Beratung und Beschlussfassung über die Benennung von Vertretern der
Samtgemeinde als budgetverantwortliches Mitglied in den lokalen
Arbeitsgruppen im Rahmen der Strukturarbeit im Landkreis Verden
-DS-Nr. S.3.16.264-**

Vorsitzender Dr. Kurzhals verweist auf die Drucksache und die Beratung sowie empf. Beschlussfassung des Samtgemeindeausschusses.

SGBgm. Schröder erklärt, dass für den Verwaltungsbereich Herr Horst Meyer und als Stellvertreterin Frau Renate Dunker für die lokale Arbeitsgruppe benannt werden sollten. Als Vertreter des Samtgemeinderates wurde bisher Herr Jörg Schümann genannt.

Ratsmitglied Koch-Callies schlägt als Stellvertreter Herrn Stefan Schumacher vor.

Vorsitzender Dr. Kurzhals lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Samtgemeinderat beschließt:

1. als Vertreter der Samtgemeinde Thedinghausen als budgetverantwortliches Mitglied Herrn Horst Meyer und als Stellvertreterin Frau Renate Dunker für die lokale Arbeitsgruppe zu benennen.
2. als Vertreter aus dem Samtgemeinderat wird Herr Jörg Schümann und als Stellvertreter Herr Stefan Schumacher als budgetverantwortliches Mitglied für die lokale Arbeitsgruppe benannt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

**TOP 6 – a) Beratung und Beschlussfassung über eine Ausfallbürgschaft für die
Gewerbeschau der GDS Thedinghausen
-DS-Nr. S.2.16.252-**

SGBgm. Schröder erläutert, dass das Budget für die Gewerbeschau seit dem 03.02. vorliege. Das Budget wird auf 10 Seiten bis ins Einzelne erläutert. Aus diesem Grunde wurde zu Beginn der Sitzung eine Zusammenfassung des Budgets verteilt. Er erläutert das vorgelegte Budget der GDS Thedinghausen für die Gewerbeschau 2009 im Einzelnen. Die größte Kostenposition ist das Gewerbezelt mit 8.553,72 €. In diesem Bereich sind aber auch die höchsten Einnahmen durch die Zeltvermietung vorgesehen, nämlich 20.081,25 €.

Nachdem SGBgm. Schröder das Budget in allen Einzelheiten erläutert hat, erklärt Beigeordneter Mensen, dass insbesondere die Erlöse wichtig seien. Für ihn stellt sich die Frage, wo das Ausfallrisiko bestehe.

Ratsmitglied Angela von Hollen erläutert, dass nach ihrer Kenntnis von den vorhandenen 900 qm zu vermietende Zeltfläche rd. 700 qm bisher gebucht worden seien. Das Risiko bestehe ihrer Ansicht nach darin, dass nicht die gesamte Fläche vermietet werden kann.

Ratsmitglied Koch-Callies erklärt, dass die Vorlage schlecht vorbereitet sei. Es ist nicht zu erkennen, wie hoch das Ausfallrisiko ist.

SGBgm. Schröder erklärt, dass bei solch großen Veranstaltungen immer ein Risiko bestehe. Ein Risiko für die Veranstaltung sei mit Sicherheit auch die derzeitige Konjunkturlage.

Beigeordneter Mensen begrüßt die Veranstaltung und erklärt, dass bisher die Veranstaltungen auf kleineren Ebenen stattgefunden haben. Seiner Meinung nach besteht das Risiko in erster Linie durch nicht vermietete Zeltflächen. Das Risiko dürfte aber nur ca. rd. 5.000 € betragen.

Beigeordneter Rott weist darauf hin, dass der Verein über kein Eigenkapital verfüge und daher um eine Ausfallbürgschaft bitte, um die Veranstaltung abzusichern. Die CDU-Fraktion spricht sich dafür aus, ein Zeichen an die heimische Wirtschaft zu senden.

Ratsmitglied Winkelmann erklärt zum Risiko, dass evtl. die Zeltfläche verkleinert werden könne.

Ratsmitglied de Riese erklärt, dass er der Veranstaltung positiv gegenüber stehe. Für ihn stelle sich lediglich die Frage, wie hoch die Bürgschaft sein soll. Er schlägt vor, einen bestimmten Prozentsatz eines evtl. Defizits zu übernehmen. Aus der bisherigen Diskussion sei zu entnehmen, dass sich hier alle Ratsmitglieder für ein Engagement der Samtgemeinde aussprechen. Allerdings müsste vorher Näheres zu den vermieteten Flächen erläutert werden.

Beigeordneter Thies erklärt, dass es unstrittig sei, dass der Samtgemeinderat positiv der Veranstaltung gegenüber stehe. Für eine Entscheidung seien jedoch konkretere Zahlen notwendig. Daher sollte heute keine Entscheidung getroffen werden.

Ratsmitglied Künnemeyer erklärt, dass die Ausfallbürgschaft z.B. 5.000 € betragen könne, da schon 7/9 der Flächen vergeben seien.

Vorsitzender Dr. Kurzhals lässt über den Antrag abstimmen, eine Beschlussfassung über diesen Punkt zu verschieben. Nach zweimaliger Auszählung der Stimmen stellt Vorsitzender Dr. Kurzhals folgende Beschlussfassung fest:

13 dafür
12 dagegen
1 Enthaltung

TOP 6 – b) Beratung und Beschlussfassung über die Ausfallbürgschaft für die Darlehensaufnahme der BTE Bremer Thedinghäuser Eisenbahn GmbH

SGBgm. Schröder erläutert, dass er bereits im SGA über die erheblichen Investitionsmaßnahmen der BTE berichtet habe. Die Gesellschafterversammlung habe daher beschlossen, zur Finanzierung ein Darlehen von 580.000 € aufzunehmen. Banken verlangen allerdings von der BTE Ausfallbürgschaften durch die Kommunen. Auf Weyhe und Stuhr entfallen dabei 40 %, auf die Samtgemeinde Thedinghausen 20 % = 116.000 €. Zur Vorbereitung der Beschlussfassung durch den Samtgemeinderat müsste eine Sitzungsunterbrechung erfolgen, in der der SGA eine Beratung und Beschlussfassung vornimmt.

Um 20:20 Uhr unterbricht Vorsitzender Dr. Kurzhals die Sitzung des Samtgemeinderates zur Vorbereitung der Beschlussfassung durch den Samtgemeindeausschuss.

Die anwesenden Bürger sowie die Presse verlassen zur Beratung und Beschlussfassung des Samtgemeindeausschusses den Sitzungssaal.

Der Samtgemeindeausschuss tritt zusammen, um über die Ausfallbürgschaft der Darlehensaufnahme der BTE Bremen Thedinghäuser Eisenbahn GmbH zu beraten und zu beschließen.

SGBgm. Schröder erklärt, dass mit heutiger Post ein Antrag der BTE eingegangen ist für die Darlehensaufnahme in Höhe von 580.000 € eine Ausfallbürgschaft durch die Samtgemeinde bis zu 20 % zu gewähren. Aufgrund der Dringlichkeit sollte eine Beschlussfassung heute erfolgen. In der vorgelegten Beschlussvorlage sind die Einzelheiten der Investitionen näher erläutert. Der Samtgemeindeausschuss trifft mehrheitlich folgenden Empfehlungsbeschluss:

Die Samtgemeinde Thedinghausen übernimmt zur Sicherung der für die Finanzierung der Investitionskosten 2009 der BTE Bremen-Thedinghäuser-Eisenbahn GmbH aufzunehmenden Kapitalmarktmittel in Höhe bis zu 580.000 € eine Ausfallbürgschaft bis zu einer Höhe von 20 % = 116.000 €, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Vorsitzender Dr. Kurzhals beendet die Sitzungsunterbrechung um 20.25 Uhr.

Die Beratung über den TOP 6 b) wird fortgesetzt.

Ratsmitglied de Riese erklärt, dass die Vorlage sehr kurzfristig gefertigt worden sei. Für ihn stellt sich die Frage, wie das Darlehen refinanziert werden soll.

SGBgm. Schröder verweist auf die gute Geschäftsführung durch die Herren Drechsler und Rehberg. Er verweist darauf, dass möglichst schon ab 2012 die Stadtbahn die Strecke nutzen soll. Auch dadurch wird eine Refinanzierung erfolgen.

Vorsitzender Dr. Kurzhals lässt über den Empfehlungsbeschlusses des Samtgemeindeausschusses abstimmen:

Die Samtgemeinde Thedinghausen übernimmt zur Sicherung der für die Finanzierung der Investitionskosten 2009 der BTE Bremen-Thedinghäuser-Eisenbahn GmbH aufzunehmenden Kapitalmarktmittel in Höhe bis zu 580.000 € eine Ausfallbürgschaft bis zu einer Höhe von 20 % = 116.000 €, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Abstimmungsergebnis: Der Samtgemeinderat stimmt bei 1 Enthaltung dem Empfehlungsbeschluss zu.

Vorsitzender Dr. Kurzhals fragt den SGR, ob zu TOP 6 noch weitere Wortmeldungen vorliegen. Dies ist nicht der Fall.

**TOP 7 - Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung 2009 einschl. –plan, über den Finanz- u. Investitionsplan 2010-2012 sowie über den Stellenplan 2009 der Samtgemeinde
-DS-Nrn. S.2.16.240, 240.1, 240.M2, 240.M3-**

SGBgm. Schröder verweist auf die vor Beginn der Sitzung verteilte Änderungsliste. Es handelt sich dabei um die Reduzierung der Unterhaltungsaufwendungen aufgrund der personellen Situation. Außerdem werden die Ansätze i.S. Krippenplätze den aktuellen Informationen angepasst. Für das Jahr 2008 bleibt festzustellen, dass es sich für die

Samtgemeinde und die Mitgliedsgemeinden um ein gutes Jahr gehandelt hat. Da im Finanzausschuss bereits das Ergebnis 2008 umfangreich erläutert worden ist, verzichtet er auf weitere Erläuterungen zum Jahr 2008. Beim Haushaltsvolumen gibt es nur geringe Veränderungen zwischen dem Rechnungsergebnis 2008 und dem Ansatz 2009. Im Verwaltungshaushalt betrug das Rechnungsergebnis 2008 8.513.764,49 €. Der Ansatz 2009 beträgt 8.651.400 €. Im Vermögenshaushalt beträgt das Rechnungsergebnis 2008 1.417.868,52 € und der Vermögenshaushalt 2009 hat ein Volumen von 1.495.500 €. An Kreditaufnahmen ist lediglich ein Betrag von 19.000 € aus der Kreisschulbaukasse vorgesehen. Es handelt sich dabei um einen Betrag für die Turnhalle Riede. Der Hebesatz der Samtgemeindeumlage beträgt wie im Vorjahr 42 %. Die wesentlichen Positionen im Vermögenshaushalt sind im Abwasserbereich mit 326.000 € vorgesehen und außerdem die Rekonstruktion des Renaissancesaales im Erbhof mit 450.000 €. Größte Einnahmeposition im Verwaltungshaushalt ist die Samtgemeindeumlage mit rd. 3,5 Mio. €. Aufgrund der höheren Steuerkraft der Mitgliedsgemeinden sind dies fast 480.000 € mehr als im Jahr 2008. Die Schlüsselzuweisungen im Verwaltungshaushalt betragen rd. 2,3 Mio. Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten betragen nun 1,5 Mio. €. Es handelt sich dabei insbesondere um Einnahmen aus dem Schmutzwasserkanal und Einnahmen der Sozialstation. Für Personalausgaben sind 2009 2.684.600 € vorgesehen. Das sind rd. 194.000 € mehr als 2008. Die Ausgaben für Bewirtschaftung und Unterhaltung sind mit 2,1 Mio. € veranschlagt. Die Kreisumlage wird rd. 1,3 Mio. € betragen. An Zuweisungen an die Mitgliedsgemeinden sind 647.100 € vorgesehen. Die Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt beträgt 534.000 €. Zieht man hiervon die Tilgungsausgaben von 297.000 € ab, verbleiben 247.000 € als freie Spitze. Neben der Zuführung vom Verwaltungshaushalt ist zur Finanzierung des Vermögenshaushalts eine Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 279.900 € vorgesehen.

Der Vermögenshaushalt umfasst u.a. folgende Ausgaben:

Grunderwerb 40.000 € für Ausgleichsflächen für den Weserübergang

Für den Erwerb beweglicher Sachen 317.000 € (inkl. Erwerb Feuerwehrfahrzeuge)

Für Baumaßnahmen sind rd. 800.000 € vorgesehen. Auf den Schmutzwasserkanal entfallen davon 305.000 €. Für die Rekonstruktion des Erbhofsaales 450.000 €. Die

Mitgliedsgemeinden investieren im Jahre 2009 rd. 1,9 Mio. in den Wegebau. Darüber hinaus sind weitere Bau- u. Beschaffungsmaßnahmen vorgesehen. Allein diese Ausgaben sind schon ein kleines Konjunkturprogramm. Der Rücklagenbestand der Samtgemeinde betrug am

31.12.2008 986.158,87 €. Für 2009 ist eine Entnahme in Höhe von 279.900 € eingeplant. Die verbleibenden rd. 706.000 € bieten damit Spielraum, im Rahmen des Konjunkturprogrammes Investitionen zu tätigen ohne Kreditaufnahmen durchführen zu müssen. Der Schuldenstand

der Samtgemeinde am 31.12.2008 betrug 2.988.168,89 €. Das sind rd. 199 € je Einwohner. 39 % sind davon Darlehen vom Kreditmarkt, 61 % = 1.826.300 € sind Darlehen aus der

Kreisschulbaukasse. An Darlehenszinsen zahlte die Samtgemeinde 2008 53.366 €. Die Zinseinnahmen betragen allerdings 54.916,27 €. Damit lagen die Zinseinnahmen erstmals

über den Zinsausgaben. Die Jahre 2007 und 2008 waren für die Mitgliedsgemeinden und die Samtgemeinde sehr gute Jahre. Auch die Haushalte 2009 sehen sehr gut aus. Allerdings

werden die Mitgliedsgemeinden durch hohe Umlagen durch die höhere Steuerkraft belastet. Aufgrund der Konjunkturprognosen ist allerdings ein Rückgang der Einnahmen zu erwarten.

Das Konjunkturpro-

gramm und eine weitere sparsame Haushaltsführung werden uns hoffentlich über den Berg

helfen, um Aufgaben weiterhin zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

Beigeordneter Thies dankt im Namen der SPD-Fraktion der Verwaltung für die vorgelegten Zahlen. 2009 ist der Haushalt nicht nur ausgeglichen, sondern der Verwaltungshaushalt verfügt sogar noch über eine freie Spitze. Das erlaubt, Investitionen in vielen Bereichen

durchzuführen, z.B. im Feuerwehrbereich. Evtl. ist es jetzt auch an der Zeit, die Schulhofgestaltung vorzunehmen. Möglicherweise gibt es hierfür ja auch Fördermittel. Er weist darauf hin, dass die Denkmalpflegemittel von 450.000 € für den Renaissancesaal nur bei einer entsprechenden Gegenfinanzierung zum Tragen kommen. Auch 2009 wird die Kanalsanierung fortgeführt. Die finanzielle Situation der Samtgemeinde lässt Luft für zukünftige Maßnahmen. Die Finanzierung des Eigenanteils im Rahmen des Konjunkturprogramms ist auch möglich.

Ratsmitglied Schumacher dankt der Verwaltung für ihre Arbeit. Er erinnert an die geplante Bürgersolaranlage. So etwas könnte die Samtgemeinde auch selbst machen, um Geld zu verdienen.

Beigeordneter Lübke ist froh über die derzeitige Kassenlage. Den Mitgliedsgemeinden und der Samtgemeinde geht es gut und die Beratungen waren sehr harmonisch.

Beigeordneter Rott dankt ebenfalls der Verwaltung und erklärt, dass in den Fachausschussberatungen Einigkeit bestand. Einen speziellen Dank spricht er dem Samtgemeindebürgermeister aus, da dieser das Wohl der Samtgemeinde immer im Auge habe.

Beigeordneter Ehlers kritisiert die Mittel, die für den Erbhof verwendet werden sollen. Bei der Rekonstruktion des Saales sollen mehr Gelder ausgegeben werden, als das ganze Areal gekostet habe. Er stellt den Antrag, die Positionen, die den Erbhof betreffen, zu streichen.

Ratsmitglied de Riese erklärt, dass zu entscheiden sei, ob man die Rekonstruktion des Saales wolle. Wenn ja, dann müsse man auch ein Signal durch die Veranschlagung eines Haushaltsansatzes geben. Dann könne man die Ansätze nicht auf Null setzen.

SGBgm. Schröder erklärt, dass bereits ausführlich über die Rekonstruktion des Erbhofsaales informiert worden sei. Es bestehe ein Vorbehaltsbeschluss, dass eine Rekonstruktion nur erfolgen soll, wenn die Finanzierung gesichert ist. Zurzeit liegen Zusagen aus Berlin in Höhe von 275.000 € vor. Die Gesamtkosten der Maßnahme sind im Gutachten Hellberg genannt. Dabei sind die Kosten je Gewerk aufgeführt. Sie können bei ihm eingesehen werden. Außerdem kann jedes Ratsmitglied eine CD mit den Unterlagen erhalten.

Ratsmitglied Koch-Callies möchte die CD.

Ratsmitglied Schumacher erkundigt sich, ob es noch kein Nutzungskonzept gebe.

SGBgm. Schröder erklärt, dass das Innere nicht dem Äußeren des Erbhofes entspreche. Es ist geplant, dass der Saal nach einer Rekonstruktion öffentlich genutzt werden soll, u.a. durch kulturelle Veranstaltungen und Seminare. Er spricht sich eindringlich dafür aus, die Haushaltsansätze zu belassen, um ein Zeichen zu setzen. Die Maßnahme wird sicherlich erst dann durchgeführt, wenn die Finanzierung gesichert ist.

Beigeordneter Rott erklärt, dass die Ansätze im Haushalt ein Signal an die Zuschussgeber seien. Er spricht sich dafür aus, die Haushaltsansätze nicht zu verändern.

Vorsitzender Dr. Kurzhals lässt über den Antrag des Beigeordneten Ehlers abstimmen, die Haushaltsansätze i.S. Erbhof auf Null zu setzen. Bei 2 Stimmen dafür und 2 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Vorsitzender Dr. Kurzhals lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Rat der Samtgemeinde Thedinghausen beschließt die der Urschrift dieser Niederschrift und dem Protokollauszug beigefügte Haushaltssatzung einschl. –plan für das Haushaltsjahr 2009 sowie den Finanz- u. Investitionsplan 2010 -2012 sowie den Stellenplan 2009 unter Berücksichtigung aller Änderungen der Fachausschüsse sowie der Änderungsliste, die zu Beginn der Sitzung verteilt worden ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Ratsmitglied von Hollen erklärt, dass die Abstimmung unter TOP 6 a) nicht richtig ausgezählt worden sei. Es seien bei der Abstimmung 27 Ratsmitglieder anwesend gewesen. Die Stimmauszählung hätte aber lediglich 26 Stimmen ergeben.

Vorsitzender Dr. Kurzhals erklärt, dass bei der Abstimmung 13 Stimmen gezählt worden seien, die für die Verschiebung der Beschlussfassung gestimmt haben. 12 Stimmen waren gegen die Verschiebung. Die übrigen seien als Enthaltungen zu werten, auch wenn diese nicht alle gezählt wurden.. Da man den TOP 6 verlassen habe, könne nun nicht wieder über den TOP 6a) beraten werden. Er habe beim Verlassen des TOP 6 ausdrücklich nachgefragt, ob noch Beratungsbedarf bestehe. Es erfolgte zu diesem Zeitpunkt aber keine Wortmeldung.

**TOP 8 – Beratung und Beschlussfassung über den Heranziehungsantrag der FDP-Fraktion i.S. Bühne Erbhof
-DS-Nr. S.1.16.258-**

Beigeordneter de Riese nimmt zum Antrag Stellung. Es gibt Einiges an dem Verfahren auszusetzen.

Der Verein baut, ohne dass ein Vertrag für das Gelände der Samtgemeinde vorliegt. Ein Vertrag sollte vorher vorhanden sein. Er spricht sich dafür aus, dass die Samtgemeinde die Baumaßnahme durchführt und der Verein einen entsprechenden Zuschuss leistet. Auch sei zu klären, wer für die Unterhaltung und die Reparaturen zuständig ist.

Beigeordneter Rott erklärt, dass eine Beratung und Beschlussfassung im Samtgemeindeausschuss erfolgen kann, wenn die FDP den Antrag zurückzieht. Der Beschluss sollte erst nach einer Ortsbesichtigung erfolgen. Er weist darauf hin, dass im Jahre 2009 bereits eine Nutzung der Bühne vorgesehen ist.

Vorsitzender Dr. Kurzhals weist darauf hin, dass es hier nicht um eine Beratung des Punktes gehe, sondern lediglich um die Heranziehung.

Beigeordneter Thies erklärt, dass er dem Antrag der FDP nicht zustimmen werde. Die Fragen der FDP könnten im Samtgemeindeausschuss geklärt werden.

SGBgm. Schröder schlägt für die Ortsbesichtigung den 15.02. oder den 22.02., 11:00 Uhr, vor. Ein Vertragsentwurf könnte im Samtgemeindeausschuss am 05.02. beraten werden. Ein Akustiker wird nicht benötigt, da es sich um eine offene Bühne handelt.

Ratsmitglied de Riese erklärt, dass der Heranziehungsantrag nicht aufrecht erhalten, sondern zurückgezogen wird. Die Ortsbesichtigung soll am 15.02., 11:00 Uhr, erfolgen.

TOP 9 - Mitteilungen und Anfragen

- a) SGBgm. Schröder erläutert, dass der Zuwendungsbescheid i.S. Krippe Werder Wichtel vorliegt. Die Samtgemeinde hat zuvor für Umbaumaßnahmen und Anschaffungen von 18.000 € geleistet, jetzt erhält sie 95 % dieser Ausgaben zurück.

TOP 9 - Mitteilungen und Anfragen

- b) Beigeordneter Mensen erkundigt sich, ob es schon Informationen der Schule über die Ganztagschule gebe. SGBgm. Schröder erklärt, dass er bisher keine Rückmeldung von Herrn Dell erhalten habe.

Beigeordneter Mensen hätte gern den Beratungsstand der Schule. Evtl. besteht ein Zeitdruck aufgrund des Konjunkturprogrammes.

TOP 9 - Mitteilungen und Anfragen

- c) Beigeordneter Mensen erkundigt sich, ob die Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms durchgeführt werden können oder ob die personelle Situation Schwierigkeiten bedeuten könnte.

SGBgm. Schröder erklärt, dass für die Maßnahmen Ingenieurbüros beauftragt werden können. Er schlägt vor, für weitere Beratungen in dieser Sache noch einige Tage abzuwarten, bis alle Informationen vorliegen. Die Fraktionen sollten sich aber bereits jetzt schon Gedanken über durchzuführende Maßnahmen machen.

Ratsmitglied Winkelmann erkundigt sich, ob die Gemeinden von dem Geld einen Teil abbekämen.

SGBgm. Schröder erklärt, dass bei den Gemeinden Maßnahmen im Kindergartenbereich förderungsfähig wären. Man solle sich aber nicht in vielen Einzelmaßnahmen verzetteln.

TOP 9 - Mitteilungen und Anfragen

- d) Ratsmitglied von Hollen erklärt, dass der Verein SoFa dringend mehr Räume benötigt. Der Verein sei in dieser Sache an sie herangetreten. Vorschlag des Vereins, ein weiterer Raum, der zurzeit als Archiv genutzt wird sowie das Büro ehem. Knake.

SGBgm. Schröder erklärt, dass bisher vom Verein kein Antrag bei der Samtgemeinde eingegangen sei. Außerdem sei die Verlegung des Archivs sehr aufwändig. Es stehen allerdings genügend Räume auch in der 2. Etage zur Verfügung.

TOP 9 - Mitteilungen und Anfragen

- e) Beigeordneter Thies erklärt für die SPD-Fraktion, dass Dr. Kurzhals sowie Jan Meyer Vertreter der SPD in der Kommission sein sollen.

Beigeordneter Rott benennt für die CDU-Fraktion als Mitglied Heinz von Hollen. Als weitere Mitglieder werden benannt: Beigeordneter Mensen, Beigeordneter Lübke, stellv. Ratsmitglied de Riese.

TOP 10 – Einwohnerfragestunde

Entfällt.

Ende des öffentlichen Teils: 21:40 Uhr